



LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/3480
VORLAGE

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses Digitalisierung, digitale Infrastruk-
tur und Medien
Herrn Alexander Fuhr, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

DER MINISTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

7. März 2023

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PuK		Timo Philippi Timo.Philippi@mastd.rlp.de	06131 16-5049

15. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 9. Februar 2023

hier: TOP 2

Mobilfunkauflagen an Bahnstrecken und Bundesstraßen in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Vorlage 18/3206

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,

in der 15. Sitzung des Ausschusses für Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 9. Februar 2023 hat die Landesregierung anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses ihren Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Ausfertigung ist als Anlage beigefügt.

Des Weiteren wurde um schriftliche Berichterstattung über der Landesregierung bekannte Beschwerden aus der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Ausbau des 5 G-Netzes gebeten.

Ich berichte daher wie folgt:



Aus den der Clearingstelle Rheinland-Pfalz bisher bekannten Fällen ist maßgeblich die Initiative „5G-Freier-Westerwald“ für ein 5G Moratorium aktiv. Konkrete Aktionen der Initiative sind aktuell nicht festzustellen.

Ein weiterer Standort wurde im Rahmen der „BI 5G-frei-Rheinessen“ (<https://bi-5g-frei-rheinessen.jimdosite.com/>) als kritisch gesehen und wird mittlerweile juristisch geprüft. Dieser Fall wurde von Seiten der Clearingstelle Rheinland-Pfalz in einer Gemeinderats-sitzung in Bodenheim begleitet und die Situation fachlich dargestellt. Eine Befriedung konnte damit offensichtlich nicht erreicht werden. Weitere Fälle der BI sind nicht be-kannt.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer



Aktenzeichen

Mainz, den 8. Februar 2023

Daniel Huber

☎ 06131 16-6418

Sprechvermerk

15. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 9. Februar 2023

hier: TOP 2

**Mobilfunkanlagen an Bahnstrecken und Bundesstraßen in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Vorlage 18/3206**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Ausbau der Mobilfunkversorgung in Rheinland-Pfalz schreitet täglich weiter voran. Dies belegen auch die Zahlen des letzten Mobilfunkmonitorings des Landes (Stand September 2022).

Demnach besteht eine:

- Verfügbarkeit mit Sprachmobilfunk/ 2G für 100 Prozent der Haushalte und 98,8 Prozent der Gesamtfläche,
- Verfügbarkeit mit LTE/ 4G für 99,7 Prozent der Haushalte und 95,3 Prozent der Gesamtfläche und eine
- Verfügbarkeit mit 5G bereits für 89,9 Prozent der Haushalte und 69,8 P der Gesamtfläche.

Der Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur und der -abdeckung wird durch den Markt und die Mobilfunknetzbetreiber sichergestellt. Zusätzlich wurden den Mobilfunknetzbetreibern im Zuge der Frequenzversteigerung im Jahr 2019 durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) Ausbauverpflichtungen auferlegt.



Demnach mussten bis zum 31. Dezember 2022 eine Versorgung mit 100 Mbit/s für 98 Prozent Versorgung mit LTE oder 5G aller Haushalte pro Bundesland (dies wurde nach Aussage der Bundesnetzagentur mit Schreiben vom 19. Januar 2023 durch alle drei Netzbetreiber erreicht), aller Bundesautobahnen sowie die wichtigsten Bundesstraßen und Schienenwege erfüllt sein.

Die Versorgung der Haushalte wurde laut Schreiben der Bundesnetzagentur vom 19. Januar 2023 durch alle drei Netzbetreiber erreicht. Bei der Versorgung entlang der Bundesautobahnen haben die drei etablierten Netzbetreiber eine nahezu vollständige Versorgung mit 100 Mbit/s gemeldet. Ebenso wurde die Versorgung entlang der wichtigsten Bundesstraßen und fahrgaststarken Schienenwege nach eigenen Angaben erreicht.

Zudem sollen in Deutschland 1.000 Funkmasten für die 5G-Versorgung errichtet werden. Dies wurde von Telefonica und Telekom nach eigenen Angaben erreicht, Vodafone hat nach eigenen Angaben 1.600 Basisstationen für 5G in Betrieb genommen, allerdings den Länderproporz verfehlt, was allerdings nachgearbeitet wird.

Weitere 500 Funkmasten sollen für die Schließung von weißen Flecken errichtet werden. Für Rheinland-Pfalz wurden 28 Standorte für die Auflagenerfüllung benannt. Diese Auflage wurde bundesweit von keinem Anbieter erfüllt. Hierbei steht das Land mit den Netzbetreibern in einem engen Austausch und wir sind zuversichtlich, dass die noch fehlenden Standorte realisiert werden.

Mit Blick auf die Versorgungsaufgaben muss auch auf den neuen Markteinsteiger 1&1 hingewiesen werden, der seine Auflage, 1.000 Basisstationen für 5G-Anwendungen in Betrieb zu nehmen, nicht erfüllt hat. Dies soll nunmehr bis September 2023 geschehen.

Als eine zweite Säule im Ausbau der Mobilfunk-Infrastruktur hat sich der geförderte Ausbau der Mobilfunk-Infrastruktur-Gesellschaft (MIG), etabliert, die das Förderprogramm aus Bundesmitteln organisiert.



In Rheinland-Pfalz gehen wir bewusst einen anderen und sehr erfolgreichen, dialogorientierten Weg. Seit dem Jahr 2019 steht die Clearingstelle Mobilfunk im heutigen Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung als zentrale Informations- und Vermittlungsstelle bereit, um die Anliegen der unterschiedlichen Beteiligten, wie Kommunen, Mobilfunknetzbetreiber oder der Mobilfunk-Infrastruktur-Gesellschaft, zu koordinieren und so den gesamten Ausbau im Land zu unterstützen.

Durch den regelmäßigen bilateralen Austausch mit der Clearingstelle und den einzelnen Netzbetreibern, werden einzelne Projekte besprochen, bei denen es unvorhersehbare Schwierigkeiten gibt, wie zum Beispiel verzögerte Genehmigungen oder Probleme bei der Standortsuche.

Auch mit Blick auf die zuvor genannten weißen Flecken, die im Zuge der Frequenzauflagen der Versteigerung im Jahr 2019 den Mobilfunknetzbetreibern auferlegt wurden, ist die Clearingstelle aktiv in deren Realisierung eingebunden. Auf mehrmalige Nachfrage bei den Mobilfunknetzbetreibern musste nur in neun Gemeinden aktiv unterstützt werden. Alle neun Standorte konnten anschließend zu einer positiven Realisierung gebracht werden.

Im Sinne dieses dialogischen Weges wurde am 7. November 2022 der Mobilfunkpakt für Rheinland-Pfalz zwischen dem Ministerium und Vertretern der Mobilfunk-Netzbetreiber unterzeichnet. Diese gemeinsame Vereinbarung beinhaltet zentrale Punkte für den weiteren Ausbau des Mobilfunknetzes in Rheinland-Pfalz. So sollen bis Ende des Jahres 2024 aggregiert von allen Netzbetreibern 850 Neubaustandorte entstehen, 2.700 bestehende Sendemasten sollen mit 4G erweitert werden und weitere 3.000 bestehende Funkanlagen sollen mit dem modernsten Mobilfunkstandard 5G aufgerüstet werden. Im Gegenzug wird vom Land Rheinland-Pfalz eine Vereinfachung der Rahmenbedingungen zugesagt. Dabei sollen Anreize für Investitionen und Planungssicherheit entstehen.

Die Versorgung mit Mobilfunk in Rheinland-Pfalz und in Deutschland muss weiter ausgebaut und verdichtet werden. Das Land ist mit seiner Clearingstelle und auf Grundlage des Mobilfunkpaktes daher im ständigen Dialog mit den Netzbetreibern, wie der Ausbau beschleunigt und verbessert werden kann.